

SPD-Ratsfraktion Everswinkel

zum

Haushalt 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn wir weiterhin viele Erkrankungen der Atemwege in unserer Bevölkerung sehen, haben Corona-Infektionen deutlich an Bedeutung verloren. Das brachte viele Erleichterungen mit sich.

Anders sieht es mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine aus. Dieser begann mit dem Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine am 24.02.2022 und hält unvermindert an. Die negativen Auswirkungen sind in der gesamten Welt spürbar.

Hinzugekommen ist in diesem Jahr der Überfall der Terrorgruppe der Hamas auf die israelische Bevölkerung und der darauf folgende Gegenschlag in der Gaza-Zone durch das israelische Militär.

Hilfesuchende Flüchtlinge aus der Ukraine und anderen Kriegsregionen in der Welt brauchen auch im nächsten Jahr unsere Unterstützung. Auch in 2023 kamen zahlreiche Flüchtlinge zu uns nach Everswinkel. Wir benötigen für sie zusätzlichen Wohnraum, Betreuung, Plätze in Kindergärten und Schulen, ärztliche Versorgung und Unterstützung zum täglichen Leben. Zum Glück bietet unsere Kommune immer noch Hilfe an und übt sich in Solidarität für die Neuankommenden und die bereits hier Lebenden.

Die SPD richtet daher ihren besonderen Dank an die vielen ehrenamtlichen Helfer und Helferinnen die, wie bereits in den zurückliegenden Jahren durch ihr Engagement dafür gearbeitet haben, dass die nötige Versorgung unserer neuen Nachbarn möglich wurde.

Gerade unsere Vereine wie Feuerwehr, DRK, die weiteren Hilfsorganisationen, die Kirchen und viele Einzelpersonen haben durch ihre Unterstützung geholfen, zahlreiche Probleme zu lösen.

Auch den Mitgliedern der Verwaltung und des Bauhofes möchten wir bereits an dieser Stelle unseren Dank aussprechen, denn in 2023 wurde wieder viel zusätzliche Arbeit geleistet und dies weiterhin unter teilweise deutlich erschwerten Arbeitsbedingungen. Die Zahl der Überstunden ist ein deutlicher Beleg für diese Leistung. Dafür verdienen sie Alle unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Neben dieser - auch in Everswinkel spürbaren - menschlichen Tragödie, zeigten sich seit Kriegsbeginn in der Ukraine eine Reihe weiterer Auswirkungen für uns alle. Engpässe bei der Versorgung mit Rohstoffen und bestimmten Nahrungsmitteln, eine hohe Inflation, Preissteigerungen auch im Energiebereich bis hin zur Sorge vor einer möglichen Energieknappheit. Diese Themen und Entwicklungen führen zu einer Verunsicherung unserer Bevölkerung. Es ist unsere Aufgabe als Kommunalpolitiker diese Sorgen und Ängste sowie die reale Not zu erkennen und mit unseren Mitteln gegenzusteuern.

Vor den Corona-Maßnahmen konnten wir regelmäßig Gespräche zwischen Vereinen und deren Vertretern und unserer Fraktion führen. Die SPD freut sich, dass diese Art des Austausches im zurück liegenden Jahr wieder möglich wurde. So konnten wir viele Eindrücke und Vorschläge aus erster Hand mitnehmen.

Betrachten wir den Haushaltsentwurf für 2024 und die Folgejahre bis 2027 so sehen wir ein Zahlenwerk mit sehr großen Beträgen für eine Vielzahl von einzelnen Maßnahmen hier in unserer Gemeinde.

Das Gewerbegebiet Nord, der Endausbau des Gewerbegebietes Grothues, der Endausbau am Bergkamp III, die Attraktivierung des Ortskerns, die Erneuerung der Münsterstraße, der Kreisverkehr an der Bahnhofstraße, der Neubau der Feuerwache in Alverskirchen, der Kita-Neubau auf dem Gelände des Vitus-Saunadorfes,

Schon die Kosten für diese geplanten Maßnahmen summieren sich auf ca. 28 Mio. € Ausgaben für die kommenden Jahre.

Dabei sind bestimmte Kosten noch gar nicht im Haushalt aufgeführt. Die Kommune wird weitere Investitionen zur Errichtung von zusätzlichen Flüchtlingsunterkünften tätigen müssen, das summiert sich schnell auf mehrere Millionen €. Im Zusammenhang mit der geplanten interkommunalen Wohnungsbaugesellschaft sollen in Everswinkel 72 Wohneinheiten mit preiswerten Mieten entstehen. Hierfür wurde uns in den Ausschussberatungen ein aufzubringendes Eigenkapital von ca. 5 Mio. € genannt. Somit wären wir schnell bei einem Gesamtbedarf von insgesamt von ca. 35 Mio. €, wenn man nur die kostenintensivsten Maßnahmen betrachtet.

Beim Ergebnisplan von 2024 bis 2027 wird ein Defizit von 5,2 Mio. € und beim Finanzplan wird im gleichen Zeitraum ein Defizit von 31,1 Mio. € prognostiziert.

Diese Kosten - und das sind nur die größten Posten - lassen der Gemeinde kaum Spielräume. Die Unsicherheit welche Zuschüsse und Förderungen zukünftig noch von Bund und Land möglich sein werden, erschwert zusätzlich die Rechtfertigung für Investitionen in diesem Umfang. Erwähnen möchten wir hier beispielhaft das Deutschlandticket für die Schülerbeförderung, dessen Fortführung ab April 2024 unsicher ist. Eine Kostenerhöhung oder gar der völlige Wegfall würde unseren Haushalt deutlich zusätzlich belasten.

Die Übertragung von Aufgaben durch Bund und Länder auf die Städte und Gemeinden hält weiter an. Leider fehlt dafür die erforderliche finanzielle Unterstützung, die zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erforderlich wäre. Es muss aufhören, dass durch diese Aufgabenverschiebung die Kommunen immer stärker unter Druck geraten. Da erachten wir es auch nicht als Lösung, wenn die Berechnungssystematik für die Haushaltssicherung bei zu hohem Verzehr der allgemeinen Rücklagen

zukünftig gelockert oder sogar ganz abgeschafft werden soll, wie es die Landesregierung in NRW plant. Es sind übrigens die gleichen Politiker, die uns an anderer Stelle etwas von schwarzen Nullen und Schuldenbremsen erzählen.

Es kann nicht sein, dass jetzt zusätzlich zur Verfügung gestellte Gelder des Bundes zur Überwindung der momentanen Schwierigkeiten nicht zu 100% an die Kommunen weitergegeben werden. Das muss sich schnell ändern, denn schließlich tragen wir hier vor Ort die Hauptlast der Krisenbewältigung.

Seit CDU und Bündnis90/Die Grünen in der Landesregierung sind, gibt es für Everswinkel auch weiterhin keine Schlüsselzuweisungen, aber Kritik an diesem Zustand ist vor Ort von keiner dieser Parteien zu hören. Die SPD kann sich noch gut daran erinnern welche ausufernden Diskussionen hierzu in der Vergangenheit geführt wurden.

Wir hoffen, dass sich hier alle Fraktionen mit Ihren politischen Vertretern bei Bund und Land für eine gerechtere finanzielle Ausstattung der Kommunen stark machen.

Der aktuelle Stellenplan erscheint uns für die Erledigung unserer Aufgaben angemessen zu sein. Die Zahl der Überstunden konnte bereits reduziert werden, muss aber in den kommenden Jahren noch weiter gesenkt werden. Die Einführung von Puffer- oder Buddystellen, um den Verlust von Knowhow beim Renteneintritt unserer Bediensteten zu verhindern, sehen wir als sinnvolle Maßnahme an. Solche Stellen sollten zukünftig in den Stellenplan eingearbeitet werden.

Auch in den kommenden Jahren werden uns die Themen Bauen, Baugebiete, Bebauungspläne und Verkehrsplanung in unserer Gemeinde beschäftigen.

In diesem Jahr wurden in den Ausschüssen Entscheidungen zu wichtigen Zukunftsentwicklungen in unserer Gemeinde gefällt. Drei möchten wir kurz genauer behandeln:

1. Bei der Ausschreibung für den Planer-Wettbewerb zur Attraktivierung des Ortskerns wurde festgelegt, dass bis zu 30% der dort vorhandenen Parkplätze zukünftig wegfallen dürfen. Dass so das Einkaufen und der Besuch im Ortskern unattraktiver und für viele ältere und kranke Menschen schwieriger werden, interessierte nicht.
2. Das neue Gewerbegebiet Nord erschien uns von Beginn an zu groß und an der falschen Stelle. Zumal der Gemeinde etwas nördlich vom jetzt geplanten Standort bereits große Flächen gehören. Der zunächst zugesagte Kompromiss, das Gewerbegebiet stufenweise zu erschließen, zerschlug sich während der Haushaltsberatungen.
3. Der Standort für die geplante 5 Gruppen-Kindertagesstätte auf dem ehemaligen Gelände des Vitus-Saunadorfes erreichte uns zunächst völlig unangekündigt im nichtöffentlichen Teil einer Sitzung. Der ursprünglich geplante Bauplatz im Baugebiet Bergkamp III wurde gekippt. Vorgeschlagene alternative Nutzungsmöglichkeiten für das ehemalige Vitus-Saunadorf-Gelände und die Warnung vor einem Verkehrskollaps in der Alverskirchener Straße vor den Schulen, prallten an der CDU ab. Zwischenzeitlich gab es eine Informationsveranstaltung zu Starkregenereignissen und dem Hinweis auf Flächen die von Überschwemmungen betroffen werden könnten. Zumindest in der Nähe des Vitus-Saunadorfes gibt es einen solchen Bereich. Bevor weiter geplant wird, sollte geklärt werden wie groß das Risiko dort ist und falls zur Lösung zusätzliche bauliche Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, wie hoch die zusätzlichen Kosten dafür sind.

Bei den Beratungen zu diesen drei Themen mussten wir erneut feststellen wie wenig Diskussionsbereitschaft hierzu bei einigen Fraktionen bestand. Besonders die Mehrheitsfraktion kam bereits mit festen Überzeugungen und Plänen.

In Everswinkel und Alverskirchen haben wir immer noch zu wenig preiswerten Wohnraum. Jedoch sind wir in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass auch Menschen ohne Spitzengehälter, ihre Mieten noch bezahlen können. Die bereits erwähnte interkommunale Wohnungsbaugesellschaft scheint bei der Suche nach Lösungen hierfür ein richtiger Ansatz zu sein,

denn es wird immer schwieriger Investoren für geförderten, preiswerten Wohnraum zu finden.

Betrachtet man die verschiedenen Ausschussberatungen des zurückliegenden Jahres zu diesem Thema, gab es neben Zustimmung aber auch Ablehnung und Enthaltungen. Wir befinden uns noch ganz am Anfang bei der Einrichtung dieser Wohnungsbaugesellschaft. Bleibt zu hoffen, dass auf dem Weg dorthin sich weiterhin eine Mehrheit dafür ausspricht. Auch in unserer Gemeinde, mit einer immer älter werdenden Einwohnerschaft, benötigen wir zunehmend preiswerten Wohnraum.

Die geplante Investition über 220.000 € für eine Fahrradstraße entlang der Overbergstraße zwischen Dr.-Pöllmann-Straße und Schorlemerstraße halten wir nicht für eine Verbesserung. Da diese Strecke auch heute bereits regelmäßig durch Fahrradfahrer genutzt wird, es bisher keinerlei Auffälligkeiten durch Gefährdungssituationen gegeben hat und die Nutzungsfrequenz durch diese Umwidmung und den Umbau auch kaum erhöht werden kann, sehen wir keine Notwendigkeit für diese hohe Investition. Dies erst recht, weil diese Strecke keine attraktive Verbindung zwischen zwei Teilen unserer Gemeinde darstellt. Da hilft es auch nicht, wenn diese Maßnahme ständig verschoben wird und nun 2027 in der Planung erscheint. Besser wäre es, sie endgültig zu streichen.

Sinnvoller erscheint uns zum Beispiel die Einrichtung einer Querungshilfe über die Freckenhorster Straße auf der Höhe der Graf-Droste-Straße und Am Haus Langen. Dort gibt es regelmäßig gefährliche Verkehrssituationen beim Versuch die Freckenhorster Straße zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu überqueren. Auch die Planung für einen Radweg entlang der Freckenhorster Straße zwischen der Warendorfer Straße und Am Haus Langen könnte den Fahrradverkehr dort deutlich ungefährlicher machen. Beide Maßnahmen sind übrigens bereits im Fuß- und Radwegekonzept unserer Gemeinde enthalten, worauf wir schon in der letzten Haushaltsrede hingewiesen haben.

Bis heute fehlt ein Verkehrskonzept unter Einbeziehung des Individualverkehrs. Durch das Baugebiet Bergkamp III kommt es zu einer weiteren Belastung der Nord-Süd-Achse. Leider gibt es keine Erweiterung des ÖPNV für diese Wohngebiete. Zu unserem Bedauern hat die RVM die

preiswerte ÖPNV-Verbindung zwischen Alverskirchen und Everswinkel wieder gestrichen.

Weiterhin besteht keine Hoffnung, in absehbarer Zeit eine Radwegebeleuchtung zwischen Everswinkel und Alverskirchen zu bekommen. In diesem Jahr fand nicht einmal der SPD-Antrag, die Kosten hierfür ermitteln zu lassen, eine Mehrheit. Damit hätten wir zumindest zukünftig eine Entscheidungsbasis gehabt. Aber die SPD-Fraktion gibt die Hoffnung nicht auf.

Gleichzeitig wurde jedoch beschlossen einen Wirtschaftsweg im Norden der Kommune, der nach Telgte führt, mit 70.000 € zu unterstützen, obwohl er uns bisher nicht einmal gehört.

Als der Verkehrsverein mit Postfiliale in diesem Jahr in finanzielle Schwierigkeiten geriet, waren sich alle Fraktionen einig, dass dies nicht zu Lasten der ehrenamtlich tätigen Mitglieder gehen darf. Die SPD hofft, dass wir diesen Lösungsvorgang für unsere hiesige Bevölkerung zu einem positiven Abschluss bringen. Dazu gehört es für uns auch, dass sich die Gemeinde dafür einsetzt, auch zukünftig eine Postfiliale vor Ort zu haben. Dies ist ein deutlicher Standortvorteil für unsere Bürgerinnen und Bürger, Handel und Gewerbe.

Betrachten wir nun die vorausgesagte Entwicklung der liquiden Mittel unserer Gemeinde:

Beginnend mit +11,5 Mio. € Ende 2022 und -19,5 Mio. € Ende 2027 sehen wir eine Reduktion um 31 Mio. € in 5 Jahren. Letztes Jahr gingen wir noch von einem Abbau um ca.18 Mio. € in 5 Jahren aus. Diese enorme Reduktion der liquiden Mittel tritt dann ein, wenn wir

1. sämtliche geplanten Ausgaben und Investitionen bis Ende 2027 auch tatsächlich tätigen und
2. die tatsächlichen Steuereinnahmen nicht erneut höher als in der Prognose ausfallen

Die Summe der bilanzierten Abschreibungen liegt auch 2024 mit 2,1 Mio. € erneut sehr hoch. Dies ist eine Folge der überzogenen Investitionen in der Vergangenheit in beiden Ortsteilen.

Das voraussichtliche Jahresergebnis im Ergebnisplan für 2024 weist ein Minus von 2.1 Mio. € auf. Durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in gleicher Höhe ist der Haushalt 2024 im vorliegenden Entwurf fiktiv ausgeglichen.

Die weiteren wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen des andauernden Krieges sind nicht seriös voraussagbar. Somit sind auch Prognosen zu den Steuereinnahmen im Jahr 2024 nicht sehr belastbar.

Anders als in der Vergangenheit sehen wir im Haushalt für das kommende Jahr und auch in der mittelfristigen Planung nicht nur Gelder für Pflichtaufgaben. In den kommenden Jahren sind erhebliche Ausgaben, die mit riesigen Defiziten einhergehen, geplant. Einige der Entscheidungen zu besonders zukunftsrelevanten Themen wurden in einem unglücklichen Verfahren durchgedrückt. Kurz zur Erinnerung: Ausschreibung zum Wettbewerb der Ortskernentwicklung, Gewerbegebiet-Nord und 5-Gruppen-Kita im ehemaligen Vitus-Saunadorf.

In Anbetracht dieser Tatsache und wegen der beschriebenen Risiken stimmt die SPD-Fraktion deshalb dem Haushaltsentwurf für 2024 und den mittelfristigen Planungen nicht zu.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien allen eine gesegnete Weihnachtszeit, ein besinnliches Fest und ein paar schöne Stunden zusammen mit Verwandten und Freunden.

Kommen Sie gut ins neue Jahr.